

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Peter Glotz, SPD-Bundesgeschäftsführer, betont, daß die Koalition eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik betreibt: Zimmermanns Effekthascherei. Seite 1

Hans-Jochen Vogel zur Berliner Situation nach den Wahlen: Notwendige Klarstellung. Seite 3

Hans-Ulrich Klose unterstützt den NATO-Doppelbeschluß: Solidarisch diskutieren. Seite 4

Jürgen Bödderich MdL fordert die Ämtertrennung für Strauß: Der Mann sät Wind, um Sturm zu ernten. Seite 5

Uwe Holtz MdB setzt sich dafür ein, daß die Bundesregierung gegenüber Brasilien ihre Vorstellungen verdeutlicht: Die Widersprüche überwinden. Seite 7

Wolfgang Schwenk MdB erläutert eine Koalitionsinitiative: Rettet die Unterelbe. Seite 9

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 93 / 18. Mai 1981

Zimmermanns Effekthascherei

Die Koalition betreibt eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik

Von Dr. Peter Glotz

Bundesgeschäftsführer der SPD

Die Drohung des CSU-Landesgruppenvorsitzenden Friedrich Zimmermann mit einer Verfassungsklage wegen der Staatsschuldung des Bundes ist billige Effekthascherei. Denn die Opposition weiß nicht, was sie will. Sie vergießt Krokodilstränen über die Schulden der öffentlichen Hand und läßt zugleich geschehen, daß ihre Verteidigungsexperten Wörner und Würzbach noch einige Milliarden D-Mark mehr als heute nötig auf den Verteidigungsetat packen wollen. Oder: Wer soll den lauten Klagen der CDU/CSU über die Finanzlage in Bonn eigentlich Glauben schenken, wenn die von der Union geführten Bundesländer im selben Atemzug kritisieren, daß der Bund die Hilfen an die Bundesländer zurückführen will? Nein, das ist nicht seriös! Auch der Wink mit dem Zaunpfahl einer Klage in Karlsruhe kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bonner Opposition ihre Chance und ihre Pflicht zur Mitverantwortung für solide Staatsfinanzen in einer insgesamt schwierigen wirtschaftlichen Phase bisher versäumt hat.

Aber es gibt Tatsachen. Die eine ist, daß Bundesfinanzminister Matthöfer bereits bei der Einbringung seines enggeschneiderten Haushaltsentwurfs für das Jahr 1981 darauf hingewiesen hat, es gebe Unsicherheiten im Blick auf die Beschäftigungslage und die konjunkturelle Entwicklung (mit entsprechenden Steuermindereinnahmen und höheren Zinskosten), die Anpassungen im Laufe der parlamentarischen Beratungen erforderlich machen könnten. Und die andere Tatsache: Sowohl die führenden Wirtschaftsinstitute als auch die "Weisen" - als auch die meisten Wirtschaftsjournalisten - haben sich korrigieren müssen. Ihre Erwartungen, im zweiten Halbjahr 1981 werde es wirtschaftlich bereits wieder bergan gehen, haben sich nicht erfüllt. Daraus heißt es, Konsequenzen zu ziehen.



Die Koalition hat sich dem nicht verschlossen. Sie hat sich dabei aber weiterhin von dem Grundsatz leiten lassen, die Nettokreditaufnahme so niedrig wie möglich zu halten. Deshalb sollen nur die konjunkturbedingten Mehrausgaben für die Bundesanstalt für Arbeit sowie die Steuermindereinnahmen durch weitere Kredite finanziert werden. Die Mehrausgaben für die Verteidigung hingegen werden bei äußerster Sparsamkeit durch Umschichtungen zu Lasten anderer Haushalte aufgebracht.

Das besagt in zwei Sätzen: Nicht alles, was wünschenswert wäre, kann finanziert werden. Aber das, was notwendig ist, wird gemacht. Und das letztere gilt insbesondere für den Entwicklungshilfeetat. In ihn wird nämlich - entgegen öffentlichen Mutmaßungen - nicht eingeschnitten. Im Gegenteil: Soweit es nach der SPD geht, könnte in den parlamentarischen Abschlußberatungen für die Entwicklungshilfe durchaus noch ein wenig zugelegt werden.

Und ein weiteres: Der Einzelplan Arbeit und Soziales wird am Ende ein voraussichtliches Volumen von 54,4 Milliarden D-Mark und damit eine Steigerungsrate von 12,8 Prozent gegenüber 1980 haben. Das zeigt, welchen Rang die soziale Sicherung auch und gerade in Zeiten einer schlechten Haushaltslage hat. Der soziale Frieden ist uns zu wertvoll, als daß wir ihn nach dem aus Amerika propagierten Muster höherer Verteidigungsausgaben zu Lasten von Sozialausgaben aufs Spiel setzen könnten.

Aber wir machen uns nichts vor: Das Haushaltsjahr 1982 kann noch schwieriger werden als das laufende. Es erfordert eine Konzentration der Kräfte und des politischen Willens auf das Wesentliche. Es geht darum, die Abhängigkeit vom Öl weiter zu mindern, die negativen Folgen hoher Zinssätze zu mildern und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu steigern, um das Leistungsbilanzdefizit abzubauen. Dazu sind, um beschäftigungspolitische Wirkungen erzielen zu können, noch mehr Haushaltsumschichtungen von den konsumtiven zugunsten investiver Ausgaben nötig. Der Abbau von Subventionen, mit dem jetzt begonnen wurde, wobei sich die Opposition wiederum abtinent verhielt, muß vorangetrieben werden. Zugleich wollen wir einer ungerechtfertigten Inanspruchnahme öffentlicher Begünstigungen, sei es durch Steuerhinterziehung, Subventionsbetrug oder Mißbrauch von Sozialleistungen, einen Riegel vorschieben.

Die SPD ist entschlossen, das alles gemeinsam mit der FDP zu tun, bisher Unumstrittenes zu überprüfen und neue Überlegungen anzustellen. Die Opposition mag weiterhin Aufregungen fabrizieren - die Koalition weiß auch ohne eine seriöse Alternative, daß in den Haushaltsberatungen dieses und des nächsten Jahres ihr voller Einsatz gefordert ist.  
(-/18.5.1981/vo-he/ca)

+

+

+



## Notwendige Klarstellungen

Einige Bemerkungen zur Berliner Situation nach den Wahlen vom 10. Mai 1981

Von Dr. Hans-Jochen Vogel

Regierender Bürgermeister von Berlin

Die Berliner Sozialdemokraten haben aus dem Wahlergebnis vom 10. Mai 1981 klare Konsequenzen gezogen: Nämlich den Übergang in die Opposition, und zwar in eine Opposition ohne Wenn und Aber und ohne Hintertür. Sie tun damit genau das, was sie den Wählern vor der Wahl angekündigt haben. Und sie erfüllen eine staatspolitisch wichtige Aufgabe. Denn Berlin braucht eine handlungsfähige und eindeutige Opposition. So wollen es die demokratischen Spielregeln. Wer sie schon wieder ein bißchen verbiegen, werden Sozialdemokraten ansinnen wollte, jetzt Herrn von Weizsäcker in irgendeiner Form ins Amt zu helfen, obwohl sie ihren ganzen Wahlkampf gegen die CDU und Herrn von Weizsäcker geführt haben, der würde die Glaubwürdigkeit der Politik erneut aufs Schwerste gefährden; der bräuchle sich nicht zu wundern, wenn die Alternative Liste das nächste Mal noch stärkeren Zulauf bekäme.

Die Haltung der Sozialdemokraten und ihre Argumentation ist demnach klar. Von den anderen Parteien läßt sich das nicht behaupten.

Da verbreitet sich Herr von Weizsäcker in allgemeinen staats- und verfassungspolitischen Erwägungen und beklagt das Wahlergebnis, das keine klaren Mehrheiten gebracht habe. Aber es war doch der gleiche Herr von Weizsäcker, der zusammen mit der Alternativen Liste die vorzeitigen Neuwahlen mit aller Vehemenz betrieben hat, obwohl urteilsfähige Beobachter schon damals genau das Ergebnis vorausgesagt haben, das dann am 10. Mai 1981 eingetroffen ist. Warum beklagt er sich dann jetzt?

Herr von Weizsäcker sagt, er sei auch zur Bildung eines Minderheitssenats bereit. Vor der Wahl hat er den Sozialdemokraten eine solche Absicht unterstellt und behauptet, ein Minderheitssenat sei für die Stadt ein ganz gefährliches Übel. Gilt das jetzt nicht mehr? Und warum eigentlich?

Herr von Weizsäcker hat vor der Wahl baldige Neuwahlen als verderblich bezeichnet. Jetzt sagt er, ein von ihm gebildeter Minderheitssenat "könne sich zur Ausschreibung von Neuwahlen gezwungen sehen". Abgesehen davon, daß nach der Berliner Verfassung der Senat gar keine Neuwahlen "ausschreiben" kann, sondern das Abgeordnetenhaus das mit zwei Drittel Mehrheit beschließen müßte - warum gilt auch hier nach der Wahl das nicht mehr, was vor den Wahlen gesagt wurde?

Das sind erstaunliche Widersprüche und Unklarheiten, Unklarheiten, die Herr von Weizsäcker selbst verursacht hat und nicht etwa die Sozialdemokraten. Sie beklagen sich in keinem der drei Punkte, sie sagen vor und nach den Wahlen das Gleiche und sie lassen Herrn von Weizsäcker die faire Chance, die Senatsbildung zu versuchen und wenn es ihm gelingt, auch zum Abschluß zu bringen.

Noch ein Wort zu den Freien Demokraten. Sie unternehmen seit einigen Tagen den kuriosen Versuch, ihr Dilemma den Sozialdemokraten anzulasten. In Wahrheit waren sie schon vor der Wahl darüber uneinig, was sie tun wollen, wenn das Ergebnis für die Fortsetzung der sozialliberalen Koalition nicht ausreicht. Auch das Machtwort des Herrn Genscher und Kunze, demzufolge die FDP dann ohne Wenn und Aber in die Opposition gehen würde, hat die öffentlich hör- und sichtbare Fortsetzung des Streits nicht verhindern können. Zu den Verlusten der FDP hat dieses Hin und Her entscheidend beigetragen.

Nach der Wahl geht dieser Streit zwischen den Herren Kunze, Meyer und Loch auf der einen und den Herren Oxfort, Vetter und Freye auf der anderen Seite mit verdoppelter Heftigkeit weiter. Es ist eher erheiternd, wenn für diesen Streit nun die SPD in Anspruch genommen wird. Die Berliner FDP muß sich schon selbst entscheiden, was sie nun eigentlich tun will. Dabei geht es nicht um Taktik, da geht es um die Substanz!

Damit es kein Mißverständnis gibt. Die SPD versteht ihren Auftrag als Opposition, nicht als Obstruktion. Und wenn in einer konkreten Notlage eine Sachentscheidung im Interesse Berlins gemeinsam getroffen werden muß, dann wird die SPD ihrer Verantwortung gerecht werden. Aber das gilt wohl für alle Parteien, ganz gleich, wer jeweils die Regierung und wer die Opposition stellt. Oder?

(-/18.5.1981/ks/ca)

+ + +

Solidarisch diskutieren  
-----

SALT II-Vertrag und NATO-Doppelbeschluß sind zu unterstützen

Von Hans-Ulrich Klose

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Unsere Befürchtungen haben sich bestätigt: Die Gegner einer Entspannungspolitik haben durch die andauernde Aggression der Sowjetunion zusätzliche Argumente erhalten, die wir ernst nehmen müssen. Sichtbare Reaktion auf diese Entwicklung ist die laufende Diskussion über Rüstung, Abrüstung und Nachrüstung. Diese Diskussion wird verschärft durch die forcierte Aufrüstung der Sowjetunion mit SS-20-Raketen einerseits; und andererseits durch die in den Vereinigten Staaten aufgestellte Forderung, mit der Sowjetunion über Rüstungsbegrenzung nur aus einer Position der Stärke oder Überlegenheit verhandeln zu wollen. Wie immer dies konkret zu beurteilen ist - fest steht, daß das Verhältnis zwischen den Weltmächten USA und UdSSR frostiger geworden ist.

Natürlich bleibt die Entwicklung in Europa davon nicht unbeeinflusst. Umgekehrt gilt auch, daß die politische Situation in Mitteleuropa das Ost-West-Verhältnis wesentlich prägt. Auch deshalb verfolgen wir die Nachrichten aus Polen mit Sorge, denn eine friedliche Lösung der polnischen Schwierigkeiten ist eine entscheidende Voraussetzung für die Fortsetzung der Entspannungspolitik. Für uns gilt dabei der Grundsatz, daß nur die Polen selbst bestimmen können und dürfen, welchen Weg sie gehen wollen. Niemand sonst.

Daraus folgt, daß wir uns mit Bewertungen und Kommentaren zurückhalten sollten. Wir sind innerlich beteiligt; wir haben unsere Meinung zu den Vorgängen in Polen. Von öffentlichen Erklärungen - darin teile ich die Auffassung der Bundesregierung voll - sollten wir aber Abstand nehmen; sie sind wenig hilfreich und gelegentlich nach meiner persönlichen Bewertung etwas peinlich.

Zu den Realitäten in Mitteleuropa gehört auch die Existenz von Militärbündnissen und die Notwendigkeit, das militärische Gleichgewicht auszubalancieren. Gegenwärtig sind viele Bürger besorgt, daß wir am Anfang einer neuen Aufrüstungsrunde stehen, die nicht zu Vertrauensbildung und Entspannung führt. Diese Besorgnis teile ich, weil ich an einen dauerhaften Frieden auf der Basis immer neuer und schrecklicherer Waffen nicht glaube. Ich bin deshalb mit Entschiedenheit dafür, daß wir unsere Politik der Entspannung unbeirrt weiterverfolgen. Es gibt dazu aus unserer Sicht und Interessenlage keine vernünftige Alternative.

Aus dieser Grundüberzeugung heraus trete ich ein für die Ratifizierung des SALT II-Abkommens, aber auch für den Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979, der Verhandlungen anstrebt, um neue Waffen überflüssig zu machen. Das Abrücken von dem Doppelbeschluß würde uns - so wie die Dinge liegen - jede Möglichkeit nehmen, auf beide Großmächte mit dem Ziel einzuwirken, ihre Abrüstungsverhandlungen wiederaufzunehmen beziehungsweise fortzusetzen. Ich sehe aber keinen anderen Weg als den Verhandlungsweg. Deshalb verdient die Bundesregierung Unterstützung, wenn und weil sie auf Verhandlungen beharrt. Wir alle wissen, daß die Verhandlungslage schwierig, daß Erfolge bei solchen Verhandlungen nur in kleinen und kleinsten Schritten möglich sind. Es muß aber unser aller Ziel sein und bleiben, den Frieden auf Dauer mit anderen als militärischen Mitteln zu sichern.

Die Auseinandersetzung, die wir gegenwärtig über den künftig einzuschlagenden Kurs und konkret über den Doppelbeschluß der NATO erleben, ist ohne Zweifel belastend. Sie wird vor allem in der SPD hart - aus meiner Sicht zu hart und grundsätzlich - geführt. Sie ist aber unvermeidlich, weil die Probleme nicht zu leugnen sind; und weil wir als Politiker Antwort geben müssen auf drängende Nachfragen, zum Beispiel aus dem Bereich beider Kirchen. Der evangelische Kirchentag in Hamburg wird das zeigen. Dort können und wollen wir nicht ausweichen.

Vor einer Entwicklung möchte ich aber warnen: Es darf nicht sein, daß in dieser Diskussion die Vertreter der einen Meinung die jeweils andere Seite in die Ecke stellen und mit Etiketten versehen. Wer "Ja" zum Doppelbeschluß der NATO sagt, will nicht den Krieg vorbereiten. Und wer sich schwer tut mit dem "Ja" zu dem Beschluß, ist deshalb nicht gleich ein Agent Moskaus. Beide Seiten - das unterstelle ich jedenfalls - bewegt die Sorge, wie der Friede erhalten werden kann. Dabei gibt es Unterschiede in der Einschätzung und Bewertung von Fakten, aber doch eine unbestreitbare Übereinstimmung in dem Ziel, den Krieg zu verhindern und den Frieden zu sichern. Diese Gemeinsamkeit müssen wir herausstellen, dann können wir über Unterschiede solidarisch diskutieren.

+ + +

(-/18.5.1981/ks/ca)

### Ämtertrennung für Strauß !

-----

Der Mann sät Wind, um Sturm zu ernten

Von Dr. Jürgen Böderich MdL

Stellvertretender Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD

Wer die Aussprüche und Verlautbarungen des CSU-Vorsitzenden Strauß allein aus den letzten Tagen zusammenstellt und hintereinander durchliest, muß den Eindruck gewinnen, hier spreche der Anführer einer radikalen Splitterpartei, die sich notgedrungen mit schrillen Tönen Gehör verschaffen müsse. Natürlich ist es Sache der CSU, wenn sie meint, sie könnte ihre angeschlagene Glaubwürdigkeit mit Lautstärke reparieren. Jener Strauß ist aber bekanntlich auch bayerischer Ministerpräsident. Dieses Amt würde ihn zur Mäßigung und Sorgfalt in der Sprache verpflichten. Er müßte durch besonnene, abwägende Äußerungen zum Frieden im Lande beitragen (wie es Goppel und alle anderen Vorgänger in der Regel zu tun pflegten), statt durch verbale Ausfälle ständig Konflikte zu schüren und den Bürgern zu suggerieren, im Lande drohe die Revolution.

Man mag einwenden, es sei weltfremd, von Strauß in seinen Erklärungen und öffentlichen Auftritten eine klare Trennung von seinem CSU-Vorsitz und von seinem Staatsamt zu erwarten. Dies mag schwierig sein. Nur: Strauß versucht diese Trennung gar nicht. Er spekuliert bewußt darauf, daß die Öffentlichkeit auch dann den Ministerpräsidenten hört - und die Agenturen und Zeitungen ihn so zitieren -, wenn er als CSU-Vorsitzender sich äußert.

Beispielsweise wurde der Strauß-Aufruf zum 1. Mai als ein solcher des Ministerpräsidenten zitiert und öffentlich aufgenommen, obwohl die CSU-Landesleitung scheinheilig beteuerte, es habe sich um den Aufruf des CSU-Vorsitzenden gehandelt. In der Überschrift der CSU-Mitteilung standen beide Funktionen. So naiv können Strauß und die CSU nicht sein, anzunehmen, die Öffentlichkeit würde jeweils die erstgenannte Funktion für die gerade zutreffende halten. Das Mindeste wäre, daß Strauß bei seinen Erklärungen als CSU-Vorsitzender den Titel Ministerpräsident wegläßt. Helfen würde dies zwar nicht viel, denn den Zeitungen wäre es weder zu verwehren noch zu verargen, würden sie dennoch den Ministerpräsidenten sprechen lassen.

Fazit: Da Strauß die Ämterverwischung nicht nur nicht vermeidet, sondern gezielt damit operiert, und da er nicht gewillt ist, einen dem Amt des Ministerpräsidenten



angemessenen Ton zu pflegen, bleibt nur die Trennung der Ämter. Die SPD fordert Strauß auf, diese Trennung zu vollziehen - was realistischweise die Niederlegung des CSU-Vorsitzes bedeuten würde.

Es geht, um recht verstanden zu werden, nicht darum, eine Ämterunion, wie sie von Strauß ausgeübt wird, grundsätzlich in Frage zu stellen. Eine solche Koppelung bekommt dem Gemeinwesen aber nur, wenn das Parteiamt dem Staatsamt klar untergeordnet wird, wenn die verfassungsmäßige Verantwortung des Ministerpräsidenten für alle Bürger den Vorrang hat.

Strauß aber praktiziert exakt das Gegenteil: Seine öffentliche Selbstdarstellung ist eindeutig die des Parteivorsitzenden, das Staatsamt dient ihm lediglich zur Untermauerung seiner Autorität und seines öffentlichen Prestiges.

Verdeutlichen läßt sich dies an jüngsten Strauß-Äußerungen über kritische Bürger, vornehmlich jüngere, die mit der CSU-Parteilinie nicht übereinstimmen. Über Hausbesetzer gibt es von Strauß statt abwägender, die dahinter stehende Problematik erkennender Worte Sprüche wie, es handle sich um den "Kern einer neuen terroristischen Bewegung". Im Zusammenhang mit der aktuellen Nachrüstungsdiskussion meinte Strauß vor dem Bayerischen Richterverein, es sei zu erwarten, daß die Demonstrationsfreiheit künftig in bisher nicht gekanntem Ausmaß von terroristischen und anarchistischen Gruppen mißbraucht werde und daß vom Osten gesteuerte Kräfte die Massen mobilisieren und radikalieren würden.

Dies sind nicht die Worte eines Ministerpräsidenten (als der er sprach), sondern die eines öffentlichen Scharfmachers, der zur Mobilmachung gegen alle Andersdenkenden aufruft, der den Bürgern einredet, bei den Cegnern der Nachrüstung handle es sich um Terroristen oder Ostagenten. So diffamiert man Bürger, die ernsthaft um den Frieden besorgt sind. So gibt man Demonstranten gegen die Nachrüstung bereits vorher der öffentlichen Aburteilung preis. So sät man Wind, weil man Sturm ernten will, in dessen Wirbeln man an die Macht katapultiert zu werden hofft.

In seinen Formulierungen pflegt sich Strauß zwar durch Einführung von relativierenden Worten abzusichern, aber sollte ihm tatsächlich die Fähigkeit abgehen, die öffentliche Wirkung seiner Demagogik abzuschätzen? Gewiß nicht, er will diese Wirkung. Er will die öffentliche Konfrontation. Er wiegelt bewußt auf und schafft bereits im Vorfeld von Konflikten, die zu Demonstrationen führen, könnten, undifferenzierte Feindbilder. Er redet die Probleme herbei, um nachher sagen zu können: Ich habe ja davor gewarnt - und jetzt laßt mich mal ran, damit ich aufräumen kann. Handelt so ein verantwortungsbewußter Ministerpräsident?

(-/18.5.1981/vo-he/ca)

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier

Die Widersprüche überwinden  
-----

Die Bundesregierung muß Brasilien ihre Vorstellungen verdeutlichen

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Bedeutung Brasiliens für die Bundesrepublik Deutschland wird häufig unterschätzt. Zu Recht hatte Bundeskanzler Helmut Schmidt im April 1979, als er als erster deutscher Regierungschef Lateinamerika besuchte, in Sao Paulo Brasilien als ein "wirtschaftlich und politisch aufsteigendes Land mit schnell wachsender Bedeutung" bezeichnet. Diese Worte waren mehr als diplomatische Höflichkeitsfloskel. Sie verweisen auf das zunehmende Gewicht Brasiliens in der heutigen Staatenwelt, von deren Entwicklung die Bundesrepublik Deutschland in ganz besonderem Maße abhängig ist.

Es gibt eine Reihe von guten Gründen dafür, Brasilien erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken:

- Brasilien zählt zu den größten Ländern der Dritten Welt; seine geostrategische Lage ist wichtig, es liegt an der Westseite des südlichen Atlantiks gegenüber von Afrika und grenzt an alle Staaten Südamerikas mit der Ausnahme von Chile und Ecuador.
- Die moderne industrielle Entwicklung hat Brasilien zu einer Zwischenmacht werden lassen, die als Mittler nordamerikanischer und europäischer Interessen auf die Nachbarregionen Einfluß zu nehmen sucht.
- Brasilien weist neben hochentwickelten Regionen große Armutgebiete mit all jenen Strukturmerkmalen auf, die für Entwicklungsländer kennzeichnend sind. Brasilien spielt im Nord-Süd-Dialog eine gewichtige Rolle.
- Die Machtübernahme der Militärs im Jahre 1964 und die damit verbundenen Auswirkungen wie auch die jüngst in Gang gekommene zaghafte Redemokratisierung könnten wegen der Position Brasiliens als regionaler Führungsmacht richtungweisend für andere Staaten Lateinamerikas und der Dritten Welt sein.
- Brasilien ist - von den Erdölstaaten einmal abgesehen - der wichtigste Handelspartner der Bundesrepublik in der Dritten Welt. Seine Wirtschaft ist in hohem Maße von multinationalen Konzernen, auch von deutschen, durchdrungen. Es zählt zu den größten Empfängern deutscher Entwicklungshilfe.

Der Besuch des brasilianischen Staatspräsidenten Figueiredo in der Bundesrepublik in diesen Tagen muß Gelegenheit bieten, auch folgende Themen anzusprechen:

## 1. Die Redemokratisierung Brasiliens.

Die Regierung spricht von der Ablösung der "autoritären Periode", die nichts anderes als eine Militärdiktatur war, durch die "demokratische Öffnung". Erste Liberalisierungsmaßnahmen wurden vorgenommen, weitere angekündigt. Dazu in Widerspruch steht



aber, daß basisdemokratische Bewegungen wie die Gewerkschaften durch Unterdrückung und Repressalien fortdauernd geschwächt und paralysiert werden. Die jüngste Verurteilung einer Reihe von Gewerkschaftern in Brasilien zeigt, daß es nur eine begrenzte demokratische Öffnung gibt. Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß das brasilianische Militärregime allenfalls eine Verbreiterung seiner sozialen Basis in den wirtschaftlich aufgestiegenen Mittel- und Oberschichten verbunden mit der Ermunterung zu symbolischer politischer Partizipation betreibt.

Immer noch werden die Menschenrechte verletzt; immer noch wird unter Berufung auf das "Gesetz zur nationalen Sicherheit" in Brasilien gegen unliebsame Journalisten und Gewerkschafter, kritische Priester und friedliche Demonstranten vorgegangen. Besonders die Landbevölkerung ist immer wieder Willkür und dem Mißbrauch der Macht ausgesetzt.

## 2. Die Entwicklungspolitik Brasiliens.

Entwicklungsanstrengungen werden von Regierungsseite zur Besserung der Lage der Menschen unternommen, so im Nordosten, auf dem Gebiet des Erziehungswesens und im sozialen Bereich. Dennoch ist das brasilianische "Wirtschaftswunder", dem allerdings jetzt auch die Luft ausgegangen ist, an der Mehrheit der Bevölkerung vorbeigegangen: Die Slums wachsen, die Arbeiter werden durch Lohnnebel kurz gehalten, die Einkommensverteilung wird immer ungerechter, für viele Nahrungsmittel steigt die erforderliche Arbeitszeit an, die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Indianer und Neger sind häufig menschenunwürdig. Der Regierung ist es nicht gelungen, die These von den "beiden Brasilien" zu widerlegen. Danach gibt es zwei Brasilien, die um Jahrhunderte voneinander getrennt und in zwei Systeme des Lebensstandards geteilt sind. Es stehen sich heute nicht nur der reiche Süden und der arme Nordosten gegenüber, sondern krasse Armut findet sich auch nahe der großstädtischen Wohlstandszonen.

Beide Bereiche sollten zu folgenden Konsequenzen führen:

Die Bundesregierung sollte, soweit dies von außen möglich ist, den demokratischen Öffnungsprozeß fördern und gegenüber Staatspräsident Figueiredo ihr Interesse an einem möglichst raschen, umfassenden Redemokratisierungsprozeß bekunden. Sie sollte die deutschen in Brasilien tätigen Unternehmen auffordern, die demokratische Öffnung zum Beispiel durch die Zulassung von Gewerkschaftsvertretern und die Gewährung besserer sozialer Rechte zu unterstützen.

Die bundesdeutsche öffentliche Entwicklungshilfe darf auf keinen Fall die reiche brasilianische Oberschicht begünstigen; sie muß "unten" ansetzen: bei den ärmsten Bevölkerungsschichten und Regionen, im Sozial-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbereich, bei der ländlichen Entwicklung und im Umwelt- und Energiesektor. Der Weg in diese Richtung ist beschritten. Aber zukünftige Entwicklungshilfe ist abhängig zu machen von der Bereitschaft zur Verstärkung der Eigenanstrengungen und zu inneren Reformen (zum Beispiel Agrarreform). Außerdem sollte die Bundesregierung bei weiterer Entwicklungshilfe die Achtung der Menschenrechte nachdrücklich anmahnen. (-/18.5.1981/ks/ca)

+ + +



## Rettet die Unterelbe

Erste Erfolge geben der Initiative Auftrieb

Von Dr. Wolfgang Schwenk MdB

Vorsitzender der SPD-Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Rettet den Unterelbraum"

Gerade ein Jahr ist es her, als eine Gruppe von norddeutschen Landesplanern und Architekten mit ihrem Manifest "Rettet die Unterelbe" einen Alarmruf an die Öffentlichkeit richtete. Es ging um den kritischen Belastungszustand dieses Flußabschnitts zwischen Hamburg und Nordsee. Und wie um den Alarmzustand zu unterstreichen trat nach einer Schönwetterperiode ein unüberschaubares Fischsterben zwischen Stade und Glückstadt ein. Vervollständigt wurde das schreckliche Bild durch das in diesem Frühjahr von Niedersachsen und Schleswig-Holstein vorläufig verhängte Verbot, Elbaale wegen Quecksilberverseuchung zum Verkauf anzubieten.

Es war Herbert Wehner, der den Ruf der Architektengruppe aufnahm und die Bildung einer Arbeitsgruppe norddeutschen SPD-Bundes- und Landesparlamentariern veranlaßte. Auftrag dieser Arbeitsgruppe war, nach Informationsgesprächen mit den Planern die zahlreichen Fragen zur ökologischen Belastung der Elbe zusammenzufassen und in die parlamentarische Diskussion zu bringen. Mit drei Großen Anfragen an Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein wurden ausführliche Stellungnahmen der Landesregierungen veranlaßt. Sie gaben den jeweiligen Landesparlamenten Anhaltspunkte zur kritischen Diskussion und zur Prüfung, um weitere Maßnahmen zur ökologischen Verbesserung der Niederebbegegend zu veranlassen. Die Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion hat daraufhin bereits einige Anträge eingebracht.

Die Antworten haben ergeben, daß auf dem Gebiet der kommunalen Abwasserbeseitigung durch Klärwerksbauten in den vergangenen Jahren eine Verbesserung der Situation erreicht wurde und daß mit Fertigstellung des letzten Großklärwerks in Hamburg 1988 insoweit ein vertretbarer Zustand erreicht sein wird. Der kritische Punkt ist die Schwermetallbelastung. Hier ist zwar die erhebliche Befrachtung der Oberelbe festgestellt, an Untersuchungsergebnissen im Bereich der Unterelbe fehlt es jedoch noch. Ein erhebliches Problem bietet der schwermetall-belastete Schlick, dessen Ausbaggerung und Verbringung. Hier liegen noch schwierige Aufgaben vor den Landesregierungen.

Soweit der Bund in seiner Zuständigkeit allein und in Zusammenarbeit mit den Ländern beteiligt ist, fragen die Koalitionsfraktionen SPD und FDP die Bundesregierung jetzt in einer heute eingebrachten "Kleinen Anfrage" nach deren Erkenntnissen und ihrer Beteiligung an Untersuchungen und Beseitigungsmaßnahmen. Sie wollen wissen, welche Instrumente den Ländern und dem Bund für eine abgestimmte Entwicklungsplanung zur Verfügung stehen, welche Auswertungen die Ramsar-Konvention von 1971 und die "Europäische Naturschutzkonvention von 1979" erfahren haben und welche Folgerungen aus dem Gutachten des Deutschen Rats für Landschaftspflege von 1976 sowie dem Manifest "Rettet den Unterelbraum" gezogen wurden. Auskunft wird weiter gewünscht, welche Initiativen die Bundesregierung ergreifen wird, um ein gewisses Raumordnungs- und Entwicklungskonzept für die Unterelbegegend unter Berücksichtigung ökologischer Belange zu schaffen.

Ferner fragen die Koalitionsfraktionen - auf die Vorbelastung der Oberelbe mit Schwermetallen eingehend - wie grenzüberschreitende Beeinträchtigungen verringert werden können.

Die Arbeitsgruppe beabsichtigt, die Antworten der Landesregierungen und der Bundesregierung auszuwerten und den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion der betroffenen Länder und des Bundes darüber zu berichten.

(-/lg, 5.1981/hj/ca)

